

# Gemeinden wollen Reserven anzapfen

Pensionskasse Gemeinden fordern mehr Zeit und Zugriff auf gesperrte Reserven, um die Millionenlast zu stemmen

VON MICHAEL NITTAUS (TEXT UND FOTO)

«Das ist ganz dicke Post», sagt Lukas Ott. Der Liestaler Stadtpräsident regt sich auch heute noch auf, wenn er das Schreiben liest, das der Kanton Baselland Mitte Februar an alle 86 Baselbieter Gemeinden geschickt hat. Im Brief, der der bz vorliegt und über den die «Basler Zeitung» berichtete, nennt die Finanz- und Kirchendirektion erstmals die konkreten Kosten, die wegen der Senkung des technischen Zinssatzes durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) auf die Gemeinden zukommen. 61 Millionen Franken sind es insgesamt, die anfallen, weil die pensionierten Gemeindelehrer dem kantonalen Personalgesetz unterstellt und deshalb der BLPK angeschlossen sind. Das gesamte Vorsorgewerk des Kantons rechnet aktuell mit 277 Millionen Franken, für die Rückstellungen gebildet werden müssen - und zwar noch für die Jahresrechnungen 2016, da der Zinsscheid der BLPK Ende Jahr fiel.

## Mehrere Gemeinden am Limit

«Wir werden vom Kanton einfach vor eine fait accompli gestellt, ganz ohne Rücksprache. Das ist keine Art, mit den Gemeinden umzugehen», sagt nun Ott gegenüber der bz. Er ist überzeugt, dass mehrere Gemeinden ihr Eigenkapital komplett aufbrauchen müssen, um die Rückstellungen machen zu können. Die 61 Millionen bedeuten eine Last von 213 Franken pro Einwohner. Im Fall von Liestal gut 14 000 Einwohnern kumuliert sich dies auf drei Millionen Franken. Der Blick auf die Bilanzüberschüsse der Gemeinden - Stand 2015 - zeigt, dass zwar Liestal dies stemmen kann, doch andere wie Dittingen, Nenzlingen, Anwil, Böckten, Nussdorf oder Waldenburg sind am Anschlag.

Doch das ist nicht alles: Ab 2018 wird der technische Zinssatz von heute 3 auf 1,75 Prozent auch für das restliche Gemeindepersonal angepasst. Zur Erinnerung: 80 der 86 Gemeinden sind mit ihrem Vorsorgewerk bei der BLPK angeschlossen. Auch hier rechnet Ott für Liestal mit rund drei Millionen Franken. Noch offen ist, wie viel die Abfederungsmassnahmen kosten werden, die die Gemeinden wegen der stufenweisen Senkung des Umwandlungssatzes ab 2019 ergreifen müssen. Ott rechnet hier mit rund sechs Millionen Franken, kommt total als auf zirka zwölf Millionen, die die Kasse des Kantons hauptortlich schwer belasten.

Liestal, das noch über 23 Millionen Franken Eigenkapital verfügt, gehört nicht zu jenen Gemeinden, die deswegen ums Überleben kämpfen müssen. Doch Ott ist mit seiner Einschätzung nicht alleine. «Für einige Gemeinden wird es sehr heftig», sagt Erwin Müller. Der Gemeindepräsident von Bubendorf ist beim Gemeindeverband VBLG für das Dossier Finanzen zuständig. Der VBLG möchte in ei-



Kein Spiel, sondern bittere Realität: Weil die Gemeindelehrer der kantonalen Pensionskasse angeschlossen sind, müssen die Gemeinden Millionen nachzahlen.

# 61

Millionen Franken müssen die 86 Baselbieter Gemeinden wegen der Senkung des technischen Zinssatzes durch die BLPK voraussichtlich aufwenden - dies alleine für die pensionierten Gemeindelehrer, die dem kantonalen Personalgesetz unterstellt sind. Dazu folgen später noch die Kosten für die Gemeindeangestellten sowie für die Abfederungsmassnahmen wegen der Senkung des Umwandlungssatzes.

ner Arbeitsgruppe vor allem klären, welche gesetzlichen Anpassungen nötig sind, um die Gemeinden bei künftigen BLPK-Entscheidungen besser zu schützen.

## Reserve von 231 Millionen Franken

«Die aktuelle Belastung in der Rechnung 2016 können wir kaum mehr vermeiden», meint VBLG-Präsidentin Bianca Maag. Das sieht Ott anders. Er möchte zwar kaum mehr per Gemeindeinitiative erreichen, dass der Kanton die Kosten für die Gemeindelehrer übernimmt, wie es 2014 noch geklappt hatte. Aber: «Der Kanton muss uns entgegenkommen.» Zwei Forderungen stehen dabei im Zentrum: Erstens, dass die Gemeinden die Rückstellungen für die 61 Millionen Franken erst 2017 statt 2016 verbuchen müssen. «Wir würden schliesslich auch erst Anfang Jahr informiert», so Ott. Dies würde Zeit bedeuten, um der zweiten Forderung nachzukommen: den Gemeinden gestatten, die Last über die sogenannte Neubewertungsreserve zu finanzieren.

Sie wurde 2014 mit der Einführung des Rechnungslegungsmodells HRM2 geöffnet, als die Gemeinden stille Reserven auflösen und Bauland neu bewerten mussten. Laut Auskunft des Statistischen Amtes beträgt die Reserve insgesamt 231 Mil-

lionen Franken, wobei die Unterschiede zwischen den Gemeinden gross seien. Im eingangs erwähnten Schreiben schliesst der Kanton die Entnahme mit Verweis auf die Gemeinderechnungsverordnung explizit aus - ausser für jene Gemeinden, die einen Bilanzfehlbetrag aufweisen. Verordnungen kann der Regierungsrat allerdings in Eigenkompetenz anpassen.

«Diese Idee ist durchaus sinnvoll und würde all jenen helfen, die noch etwas in dieser Reserve haben», sagt auch Müller. Im Falle von Bubendorf seien dies immerhin fünf Millionen Franken. Der VBLG werde dies in der Arbeitsgruppe diskutieren und beim Kanton einbringen. Der Vorteil: Die Belastung würde nur die Bilanz treffen, die Erfolgsrechnung bliebe verschont.

Und siehe da: Der Kanton schaltet nicht einfach auf stur. Gegenüber der bz sagt Finanzdirektor Anton Lauber: «Diese beiden Punkte wurden bereits an uns herangetragen und tatsächlich müssen wir abklären, ob hier etwas möglich ist.» Komenden Donnerstag werde man dies an einer Sitzung mit dem VBLG diskutieren. Lauber betont: «Versprechen kann ich nichts.» Er sagt, dass er die Lage der Gemeinden sehr wohl nachvollziehen könne, fügt aber an: «Auch für den Kanton ist es eine sehr grosse Belastung.»

## FÜHRUNGSWECHSEL

### Neuer CEO für die BLPK

Stephan Wetterwald wird neuer Vorsitzender der Geschäftsleitung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK). Der 43-Jährige tritt seine neue Stelle am 1. Oktober an. Der Verwaltungsrat hat Wetterwald nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren gewählt, wie die BLPK gestern mitteilte. Der in Solothurn wohnhafte Wetterwald wird Nachfolger von Hans Peter Simeon, der Ende November in den vorzeitigen Ruhestand tritt. Simeon übernahm die Leitung der BLPK 2003. Wetterwald war bisher als Geschäftsführer zweier Sammelstiftungen und Mitglied der Geschäftsleitung des Beratungsunternehmens für berufliche Vorsorge Noventus Pension Partner AG in Zürich tätig. Gemäss Mitteilung gilt Wetterwald als «Pensionskassen-Generalist».

Die BLPK wird als Sammeleinrichtung geführt und setzt sich aus rund 60 Vorsorgewerken zusammen, denen über 200 Arbeitgebende angehören. Darunter sind der Kanton Baselland, Gemeinden, Hochschulen, Spitäler und Altersheime. Bei der BLPK waren 2015 mehr als 24 500 Berufstätige versichert, und über 10 200 Personen bezogen eine Rente. (SDA)

# Winzer erhält politische Schützenhilfe

Weinbau Dass der Kanton Christian Jäggi «Grenzgänger» degradieren will, stösst im Leimental auf Unverständnis.

VON HANS-MARTIN JERMANN

Weil der Biel-Benkemer Weinbauer Christian Jäggi Rebgut aus Leymen (F) verwendet, muss er seinen Rotwein «Grenzgänger» auf Verlangen der Behörden wohl bald anders ansprechen. Damit würde sein Qualitätstropfen zu billigem Fusel degradiert. Diese von der «Schweiz am Wochenende» publik gemachte Geschichte ruft nun Politiker auf den Plan. «Weil ein kantonales Amt die Paragrafen sehr einseitig auslegt, gerät ein anerkannter Baselbieter Winzer in Existenznöte», sagt der Oberwiler CVP-Landrat Pascal Ryf. Ryf kennt Jäggi und dessen Weine. Der prämierte «Grenzgänger» werde regelmässig an Apéros der Gemeinde und Kirchgemein-

de Oberwil ausgedient und von den Gästen geschätzt.

## Nur noch billiger Fusel

Nun verlangt das Baselbieter Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (ALV) von Jäggi aber, seinen Wein so zu etikettieren - nur so: «Rotwein hergestellt in der Schweiz aus französischen Trauben.» Als würde der Biel-Benkemer Rebgut von irgendwo aus Frankreich zu einem Traubensaft zusammenmischen. Dieser lässt sich auf dem Markt nur noch als Kochwein verkaufen. «Das kanns nicht sein», ärgert sich Ryf. Da rede man ständig von Wirtschaftsförderung, doch ausgerechnet der Kanton lege einem florierenden lokalen Betrieb, der zur Wertschöpfung in der Landwirtschaft beitrage, Steine in den Weg. «Unverständlich ist das Ganze auch deshalb, weil Jäggi seine Weine immer korrekt angeschrieben hat.»

Pascal Ryf ist überzeugt: Der Kanton hätte die Möglichkeit, eine Regelung zu treffen, die den gesetzlichen Vorgaben

des Bundes gerecht wird und gleichzeitig Jäggi die Möglichkeit lässt, die Etiketten seines «Grenzgängers» wie bisher mit der Sorte (Pinot Noir), der Ursprungsbezeichnung (Leymen) und dem Jahrgang zu versehen. So könnte der Kanton die Rebflächen im französischen Leymen mit jenen aus dem grenznahen schweizerischen Leimental zu einer gemeinsamen geografischen Einheit zusammenzufassen. Dies sei gemäss Weinverordnung des Bundes möglich, aber vom ALV nicht in Betracht gezogen worden, vermutet Ryf.

Mit einer Motion, die er am Donnerstag im Baselbieter Landrat einreichen wird, fordert der Oberwiler eine politische Lösung für die Rebbauern im Leimental. Neben Jäggi bewirtschaften einige weitere Winzer Rebflächen im grenznahen Ausland. Bis eine solche Lösung vorliegt, sollen sämtliche Abklärungsverfahren sistiert werden. Parallel zu diesem Vorstoss kämpft Jäggi auf juristischem Weg ums wirtschaftliche Überleben. Allerdings wird sich

bei der Verhandlung vor Kantonsgericht im April die Frage primär darum drehen, ob dem Weinbauer das rechtliche Gehör verweigert worden ist.

## Bald ein Thema in Bundesbern?

Unverständnis äussert auch die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Sie lebt in Biel-Benken wenige Meter von der Landesgrenze entfernt; auch ihre Familie besitzt Reben in Leymen. «Das ALV legt die Gesetze gar formalistisch aus», kommentiert Schneider-Schneiter. Sie ist überzeugt, dass die kantonalen Behörden über reichlich Spielraum verfügen. «Ist dies wider Erwarten nicht der Fall, so müssen auf Bundesebene die Regeln für den Weinbau in Grenznähe geändert werden.» Die Baselbieterin hat sich bereits mit dem Bauernverbands-Präsidenten Markus Ritter (St. Gallen) abgesprochen, der im Nationalratssaal neben ihr sitzt. «Weinbauern wie Christian Jäggi müssen so weiterproduzieren können wie bisher», sagt sie kämpferisch.

## Allschwil

Sexuelle Übergriffe: Verdächtiger nach Einbruch in Haft

Die Baselbieter Polizei hat in Allschwil einen mutmasslichen Sexualstraftäter festgenommen. Der 39-Jährige soll mindestens drei Frauen angegangen haben. Die Festnahme des Tatverdächtigen erfolgte bereits vor zwei Wochen, nämlich am Abend des 28. Februar, nachdem der Tatverdächtige einen Einbruchdiebstahl begangen haben soll, wie die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft gestern mitteilte. Gleichtags und am Vortag soll der Mann in der grössten Baselbieter Gemeinde zu unterschiedlichen Tageszeiten drei Frauen sexuell angegangen und teilweise bedroht haben.

Der schweizerisch-serbische Doppelbürger befindet sich gemäss Mitteilung in Untersuchungshaft. Staatsanwaltschaft und Polizei untersuchen, ob der Mann für weitere, ähnlich gelagerte Delikte in der Vergangenheit verantwortlich ist. (SDA)